



ELITEN

In der Wahrnehmung vieler Menschen war das Jahr 2016 geprägt von einer Reihe ausgesprochen unangenehmer Überraschungen. Als im Sommer feststand, dass die österreichische Präsidentenwahl wiederholt werden musste, und als nach dem Brexit-Votum Millionen von Briten eine Wiederholung des Referendums forderten, meinte ein Beobachter, am besten wiederhole man das ganze Jahr 2016. Ende 2016 wird dieser Wunsch verstärkt verspürt worden sein.

Offenbar besteht in manchen Kreisen der Eindruck, die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika oder Italiens habe „falsch“ entschieden und in erstaunlichem Gegensatz zu den eigenen wohlverstandenen Interessen. Gleiches gilt für Teile der Bevölkerung Österreichs und des einen oder anderen deutschen Bundeslandes. Dass es dazu kommen konnte, wird immer wieder den „Eliten“ zur Last gelegt, die in abgehobener Selbstbezogenheit Entscheidungen treffen und Ziele verfolgen, die den Stimmungen und Befindlichkeiten weiter Teile der Bevölkerung nicht (mehr) entsprechen – und die sich dann über die Ergebnisse von Wahlen oder Referenden wundern.

„Elite“ ist ein schillernder Begriff. Man kann ihn deskriptiv verwenden, um damit Menschen zu bezeichnen, die in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft, als Teil des Rechtsstabes, als Wissenschaftler oder Kulturschaffende, oder auch etwa

im Sport, Führungspositionen übernehmen. In diesem Sinne gibt es in jeder Gesellschaft Eliten. Häufig wird dem Begriff jedoch eine gesellschaftskritische Bedeutung beigelegt, wenn etwa darauf aufmerksam gemacht wird, dass der Zugang zu diesen Führungspositionen einer mehr oder weniger homogenen, im Wesentlichen sich selbst reproduzierenden Bevölkerungsschicht vorbehalten ist. Damit verbunden ist dann auch der Hinweis auf das Versagen der Eliten, mit dem wir in der deutschen Geschichte einige Erfahrungen gesammelt haben: im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ebenso wie zur Zeit des Nationalsozialismus.

In einem gesellschaftskritischen Sinne wird der Elitebegriff zumeist auch im Hinblick auf die erwähnten Wahl- und Referendumsentscheidungen in den USA und in Großbritannien verwendet. In der Tat schickt ja in England, wer es sich leisten kann, seine Kinder auf nicht vom Staat finanzierte Schulen – kontraintuitiv „public schools“ genannt – wie Eton, Charterhouse, Westminster oder Rugby. Sofern eine solche Schule zugleich (oder ausschließlich) Internat ist, sind die Gebühren so hoch, dass sie das durchschnittliche Jahreseinkommen in England weit übersteigen. Auf diesen Schulen werden Netzwerke geknüpft, die Karrieren bestimmen können. Das setzt sich fort an den Universitäten; denn auch wenn es in England (und Wales) über 100 Universitäten gibt, zählen doch vor allem Oxford und Cambridge als privilegierte Ausbildungsstätten. So haben, um nur ein Beispiel zu nennen, 14 der 15 englischen (zudem alle vier schottischen) Richter, die am britischen *Supreme Court* tätig waren, seit dieser im Jahre 2009 das *Appellate Committee* des *House of Lords* als höchstes Gericht ersetzt hat, in Oxford oder Cambridge studiert; 17 dieser 19 Richter waren zuvor auf einer „public school“. Nach wie vor werden Richter am *High Court* oder *Court of Appeal* zum Ritter geschlagen und erhalten bei ihrer Ernennung zum *Supreme Court* den Höflichkeitstitel eines „Lord“ (auch wenn sie seit 2009 nicht mehr zu Baronen des Vereinigten Königreichs erhoben werden).

Ganz ähnlich liegt es in den USA, wo alle acht derzeit am *Supreme Court* tätigen Richter in Harvard oder Yale studiert haben (auch der im Februar 2016 verstorbene Antonin Scalia war Harvard-Absolvent). Allgemein ist über die Eliteerziehung in den USA gesagt worden, dass sie auf die Reproduktion eines Klassensystems angelegt sei: „It is exacerbating inequality, retarding social mobility, perpetuating privilege, and creating an elite that is ... isolated from the society that [it is] supposed to lead“ (William Deresiewicz). Und auch für Frankreich ist bekannt, dass sich das Führungspersonal zu mehr als 80 % aus Absolventen der „Grandes écoles“ rekrutiert, darunter für den öffentlichen

Dienst vor allem der *École nationale d'administration* (ENA; zu den Absolventen dieser Institution gehören drei der fünf letzten französischen Staatspräsidenten sowie die Hälfte aller Regierungschefs seit 1980). Die Auswahlverfahren der *Grandes écoles* sind verbunden mit einer ausgeprägten sozialen und kulturellen Selektion – und einer entsprechenden Homogenität der Absolventen. So wird in einem Bericht des *Institut Montaigne* aus dem Jahre 2006 konstatiert, dass der Zugang zu denjenigen Hochschulen, an denen die Ausbildung der Eliten der französischen Nation stattfindet, seit den 80er-Jahren noch exklusiver geworden ist: Bewerber aus einem „milieu supérieure“ hätten eine etwa zwanzigmal höhere Chance aufgenommen zu werden als solche aus einem „milieu populaire“.

Auch in Deutschland steht die Tatsache, dass der Zugang zu höherer Bildung maßgeblich von der eigenen Herkunft geprägt ist, zu Recht in der Kritik; nur 23 % der Kinder von Nicht-Akademikern nehmen ein Studium auf, während es bei Kindern von Akademikern 77 % sind. Dennoch gibt es bei uns keine vergleichbar elitären schulischen oder universitären Organisationen, in denen die Funktionsebenen sozialisiert würden. Die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts haben ihre Ersten Staatsexamina an elf verschiedenen Universitäten erworben, die neun Professoren unter ihnen waren vor ihrer Berufung an sieben unterschiedlichen juristischen Fakultäten tätig. Auch die 16 Mitglieder der gegenwärtigen Bundesregierung haben ihre Ausbildung an ganz unterschiedlichen Universitäten und Fachhochschulen abgeschlossen. Nur Bonn, Leipzig und Saarbrücken sind jeweils zweimal vertreten; keine dieser Hochschulen ist eine sogenannte „Exzellenz-Universität“. Deutlich wird damit ein Charakteristikum des deutschen Hochschulsystems: dessen traditionell vergleichsweise große Homogenität (die freilich durch die „Exzellenzinitiative“ bedroht ist). Sie trägt dazu bei, dass diejenigen, die später in herausragende Positionen gelangen, kein grundsätzlich geschlossenes Milieu, keine gesellschaftliche Schicht mit spezifischen Zugehörigkeitsinsignien bilden.

Auch die Studienstiftung, die immer wieder als „Eliteinstitution“ bezeichnet wird, ist strukturell nicht vergleichbar mit Oxford, Harvard oder mit der ENA. Sie versteht sich als Teil einer pluralistisch verfassten Gesellschaft. Das zeigt sich schon daran, dass ihre Förderung nicht darauf zielt, junge Menschen auf bestimmte Karrierepfade vorzubereiten, sondern sie darin zu bestärken, ihre je eigenen Talente zu entwickeln und ihre je eigenen Wege zu finden, diese Talente in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Stipendiatinnen und Stipendiaten der Studienstiftung sind nicht an einem oder dem anderen Studienort konzentriert, sondern sie studieren an einer Vielzahl ganz unterschiedlicher

Universitäten, technischer Hochschulen, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen; und manche von ihnen absolvieren auch ein duales Studium. Besondere Veranstaltungen, wie etwa die Sommerakademien, sind stets nur temporäre Ereignisse, von denen die Stipendiaten in den Alltag „ihrer“ Hochschule zurückkehren. Im Übrigen ist die Studienstiftung nur eine von heute insgesamt 13 Institutionen der Begabtenförderung, die sich durch ihre jeweils unterschiedliche weltanschauliche Ausrichtung unterscheiden (wobei die weltanschauliche Ausrichtung der Studienstiftung darin liegt, eine solche *als Institution* gerade *nicht* zu haben), die sich gleichzeitig aber alle den Werten eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats und dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Die pluralistische Struktur auch der Begabtenförderung in Deutschland steht in bewusstem Gegensatz zu den gleichgeschalteten Eliten des „Dritten Reiches“.

Gesellschaftliche Polarisierung und populistische Versuchungen beunruhigen uns auch in Deutschland; sie bilden Herausforderungen, für deren Bewältigung wohl niemand Patentrezepte hat. Jeder Einzelne und jede Organisation kann zu dieser Bewältigung aber seinen oder ihren Beitrag leisten. Für die Studienstiftung ist deutlich, dass sie weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun wird, ihre Stipendiaten nicht – bewusst oder unbewusst – bevorzugt aus bestimmten Milieus und Gesellschaftsschichten zu rekrutieren, sondern junge Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Prägung zu fördern. Sie verfolgt und unterstützt nicht soziale und intellektuelle Angepasstheit, sondern kritische Offenheit für vielfältige Anregungen und damit die Möglichkeit einer Entwicklung in ganz unterschiedliche Richtungen. Was die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Studienstiftung eint, ist die Bereitschaft, Initiative zu ergreifen, Verantwortung zu übernehmen und Besonderes zum Wohl der Allgemeinheit zu leisten: gleichgültig an welchem Ort, in welcher Funktion und in welcher Form. Studienstiftler und Alumni der Studienstiftung bilden auch keine abgesonderte Schicht, sondern sind Mitglieder einer prinzipiell offenen Gesellschaft. Sie haben somit die Chance und die Aufgabe, *in dieser Gesellschaft* reflektierte Unterscheidung (das heißt: Kritikfähigkeit) zu fördern und für verantwortliches Handeln ein Beispiel zu geben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Reinhard Zimmermann'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'R' and 'Z'.

Reinhard Zimmermann, Hamburg